

CDU streitet über Doppelpass

Althusmann: „Maß und Mitte bewahren“

BERLIN. Nach dem Parteitagebeschluss zur Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft streitet die CDU darüber, ob sie im Bundestagswahlkampf auf dieses Thema setzen soll. Dieser Wahlkampf werde stärker als bisher „um unser zukünftiges Bild von Deutschland geführt“, sagte Thüringens CDU-Vorsitzender Mike Mohring. „Und dazu gehört für mich, dass unser Land die uneingeschränkte staatsbürgerliche Loyalität seiner Bürger genießt.“ Dabei helfe die Pflicht, sich für einen Pass entscheiden zu müssen.

Brandenburgs CDU-Vorsitzender Ingo Senftleben hielt dagegen: „Ich halte es für entscheidend, dass wir uns im Wahlkampf auf die zentralen Zukunftsfragen Deutschlands konzentrieren.“ Auch Niedersachsens CDU-Chef Bernd Althusmann warnte vor einem Doppelpass-Wahlkampf. Die CDU solle sich lieber um Fragen der Bildung, der Integration, der inneren Sicherheit, der digitalen Wirtschaft und der Arbeit

der Zukunft kümmern, sagte er. Wenn jetzt aufgeregt über den Doppelpass gestritten werde, dann gewinne niemand. „Wir sind gut beraten, Maß und Mitte zu bewahren.“ Allerdings sagte Althusmann auch, der Parteitagebeschluss müsse „in die kommenden Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene“ einfließen.

„Ich kann mir gut vorstellen, dass eine Formulierung zur Zukunft der doppelten Staatsbürgerschaft auch im Wahlprogramm enthalten sein wird“, sagte der aus Celle stammende CDU-Mitgliederbeauftragte Henning Otte. Er habe allerdings Zweifel, ob es sich zu einem zentralen Wahlkampfthema entwickeln werde. Brandenburgs CDU-Chef Senftleben hält die Debatte um die doppelte Staatsbürgerschaft für unglücklich. „Sie droht, die Auseinandersetzung mit den wichtigen Zukunftsfragen zu überlagern“, sagte er.

Der CDU-Bundesparteitag in Essen hatte am Mittwoch dafür votiert, wieder die sogenannte Optionspflicht für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern einzuführen. Die

Kinder müssten sich dann für eine Staatsbürgerschaft entscheiden.

Die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte umgehend erklärt, dass sie den Beschluss für falsch halte. In der laufenden Legislaturperiode werde es bei der geltenden Praxis

bleiben, die in Deutschland geborenen Kinder von Zuwanderern neben der deutschen Staatsbürgerschaft auch die ihrer Eltern lässt. Sie wolle auch keinen neuen Doppelpass-Wahlkampf, sagte Merkel.

SPD-Chef Sigmar Gabriel konstatierte: „Die CDU ist eine tief gespaltene Partei. Ein erheblicher Teil will zurück zu rechtskonservativen Haltungen.“ (dpa)



Henning Otte